

An die  
Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien  
per E-Mail: [netzausbauplanung-strom@e-control.at](mailto:netzausbauplanung-strom@e-control.at)

**Netzentwicklungspläne 2014  
für das Übertragungsnetz der Austrian Power Grid AG (APG)  
und das Vorarlberger Übertragungsnetz (VÜN), Stellungnahme**

Wien, 15. Oktober 2014

Die Landwirtschaftskammer Österreich nimmt zu den im Betreff angeführten Entwürfen wie folgt Stellung:

**Allgemeine Anmerkungen:**

Viele der in den Netzentwicklungsplänen dargestellten Projekte sind letztlich mit der Inanspruchnahme von Grundeigentum oder Nachteilen in der Nutzung oder Bewirtschaftung von Flächen und Gebäuden verbunden. Dementsprechend haben grundlegende Genehmigungen im Netzentwicklungsplan auch weitreichende Bedeutungen für Grundeigentümer.

Die Ausführungen im Netzentwicklungsplan zur technischen Notwendigkeit der jeweiligen Projekte beschränken sich auf knappe allgemeine Beschreibungen. Diese sind nicht vergleichbar mit technischen Beschreibungen und der Darlegung der technischen Erfordernisse in einem Einreichprojekt sowie den umfassenden Feststellungen der Sachverständigen und der Behörden dazu in einem Genehmigungsverfahren. Daher erscheint die Beurteilbarkeit der technischen Notwendigkeit fraglich.

Zum Thema Prüfung der technischen Notwendigkeit hat die Regulierungsbehörde im Bescheid zum Netzentwicklungsplan 2013 ausgeführt, dass gemäß § 38 Abs. 1 EIWOG 2010 die technische Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit der Projekte insgesamt geprüft wird.

Die Regulierungsbehörde wird daher ersucht, dies wiederum im Bescheid darzulegen und insbesondere festzuhalten, dass

- (mangels Detailprüfung) die Genehmigung des Netzentwicklungsplanes durch die Regulierungsbehörde nicht sonstigen Genehmigungen oder Rechtsvorschriften vorgeht.
- durch den Bescheid keine Abwägung oder Beurteilung eines öffentlichen Interesses an den einzelnen Projekten erfolgt.
- durch den Bescheid keine Festlegung über die konkrete Art der technischen Ausführung (zB Kabel / Freileitung) erfolgt.
- im Genehmigungsverfahren zum Netzentwicklungsplan die seitens APG im vorgelegten Plan geäußerten Wünsche nach geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen nicht Gegenstand sind. (vgl. Kurzfassung S. 9 bzw. Kapitel Kapitel 1.6 auf Seite 17f).

Die Landwirtschaftskammer spricht sich dabei entschieden gegen Einschnitte bei legislativen Rahmenbedingungen oder in Genehmigungsverfahren zulasten von Bürgern und Grundeigentümern (Korridorsicherungen, Aushöhlung von Genehmigungsverfahren oder Parteistellungen des Grundeigentümers; erleichtertes Upgrade, Klarstellung eines öffentlichen Interesses bereits durch einen Netzentwicklungsplan, etc.) aus.

Generell ist in der Argumentation der APG bezüglich der Notwendigkeit des Netzausbaus eine überzogene Gewichtung der Erfordernisse durch den Ausbau fluktuierender erneuerbarer Energien (Windkraft und Photovoltaik) gegenüber den Erfordernissen durch einen verstärkten Stromhandel im Zuge der Strommarktliberalisierung festzustellen. Im Speziellen ist darauf hinzuweisen, dass mit fester Biomasse und mit Biogas betriebene Stromerzeugungsanlagen mit sehr hoher Verlässlichkeit (durchschnittlich 6.000 bis 7.000 Volllaststunden) und bedarfsgerecht Strom ins öffentliche Netz einspeisen. Diese rohstoffgebundenen Formen der erneuerbaren Stromerzeugung in dezentraler Lage tragen wesentlich zur Entlastung der Übertragungsnetze bei. Der APG wird daher dringend geraten, in ihrer Argumentation klar zwischen fluktuierenden netzbeanspruchenden Technologien (Windkraft und PV) und stabilen netzentlastenden Technologien (feste Biomasse und Biogas) zu differenzieren.

Da die Errichtung neuer Strominfrastruktureinrichtungen beinahe ausschließlich auf land- und forstwirtschaftlichem Grundeigentum erfolgt, sind insbesondere bei vorwiegender Nutzung der Infrastrukturleitungen für Handelszwecke im europäischen Verbundnetz neue Ansätze zur Entschädigungsabgeltung zu entwickeln. Der gesetzliche Ansatz in der Entschädigungsregelung, wonach nur die objektiv für das Grundeigentum entstehenden

Nachteile zu entschädigen sind, erscheint durch die obenstehenden klar definierten Zielsetzungen zum verstärkten Stromhandel und neuer Geschäftschancen einer grundlegenden juristischen Überarbeitung zu bedürfen. Daher sind gesetzliche Regelungen in Richtung einer Umsatzbeteiligung am Erlös aus derartigen Geschäftstätigkeiten für betroffene Grundeigentümer zu überlegen und in weiterer Folge einzuführen.

### **Anmerkungen im Detail:**

#### **Zu Projektnummer 12-10 (n-1)–Optimierung Leitungen (Punkt 4.4.26)**

Seitens APG wurden weitere Leitungsabschnitte zur Genehmigung eingereicht. Aufgrund der zunehmenden Probleme mit tiefhängenden Leiterseilen wird trotz des Hinweises der Behörde im Bescheid 2013 (Gegenstand in jeweiligen Einzel-Genehmigungsverfahren) die zentrale Forderung nach ausreichenden Durchfahrtshöhen neuerlich auch auf diesem Weg vorgebracht.

Nach vielfachen praktischen Erfahrungen der Landwirtschaftskammer weisen speziell ältere Freileitungen vergleichsweise geringe Bodenabstände zu den Leiterseilen und damit unter Einhaltung der Sicherheitsabstände geringe lichte Durchfahrtshöhen auf. Dies erschwert die Nutzung der Grundstücke massiv oder macht überhaupt den Einsatz bestimmter Maschinen unmöglich.

Soweit leitungsbautechnische Maßnahmen (Seilregulage, Masterhöhung, etc.) gesetzt werden, sind diese so auszuführen, dass die lichten Durchfahrtshöhen den Erfordernissen in der Region angepasst werden. So liegen beispielsweise die Arbeitshöhen gängiger Maschinen häufig bei 5,5 m (Mähdrescher), 6,4 m (Rübenvollernter) und bis 7 m (Feldhäcksler). Dieser Stand der Technik blieb in den Leitungsbau-Normen bis dato unberücksichtigt.

Diese Ausführungen zu den erforderlichen lichten Durchfahrtshöhen treffen auch auf allfällige Neubau- oder Ersatzneubauprojekte von Freileitungen zu. Nicht zuletzt zur Verhinderung von Gefährdungen sind entsprechende lichte Arbeits- und Durchfahrtshöhen von Freileitungen vorzusehen, wie die österreichweit zahlreichen Stromunfälle (leider auch immer wieder mit Todesfolge) der letzten Jahre eindringlich vor Augen führen.

**Zu Projektnummer 14-2 220-kV-Leitung St. Peter – Ernsthofen: Ersatzneubau (Punkt 4.5.2)**

Aus Sicht der Landwirtschaftskammer stellt sich die Frage der Notwendigkeit des Ersatzneubaues der 220-kV-Leitung. Der Leitungszug führt gänzlich parallel zur bestehenden 380-kV-Leitung St. Peter – Ernsthofen, die erst kürzlich von 220-kV auf 380-kV hochgeschaltet wurde und in den Vollbetrieb gegangen ist. Die nun vorhandenen Transportkapazitäten dieser Leitung können gar nicht entsprechend genutzt werden, da sowohl die 380-kV-Anbindung nach Deutschland sowie nach Salzburg / Kaprun nicht errichtet bzw. auch noch nicht genehmigt sind. Aufgrund der 2-systemigen Ausführung der 380-kV-Leitung wird zudem von einer n-1 – Sicherheit für die erforderlichen Kapazitäten auszugehen sein.

Der bestehende Leitungszug quert das gesamte Bundesland Oberösterreich und überspannt unzählige land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Im Falle der Genehmigung des Projektes im Netzentwicklungsplan und nachfolgend geplanter Durchführung des Ersatzneubaues ist dieser aber jedenfalls so auszuführen, dass unter den Leiterseilen lichte Durchfahrtshöhen nach den Erfordernissen der Region sichergestellt werden. (vgl. Ausführungen zu Projekt 12-10).

Die Landwirtschaftskammer Österreich ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Punkte.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hermann Schultes  
Präsident der  
Landwirtschaftskammer Österreich

gez. August Astl  
Generalsekretär der  
Landwirtschaftskammer Österreich